




## Konzerne müssen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen

Konzerne müssen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen  
Steuersysteme dürfen multinationale Konzerne gegenüber anderen Steuerzahlen nicht ungerechtfertigt bevorzugen  
Anlässlich der Forderung der OECD nach stärkerer internationaler Kooperation im Bereich der Unternehmensteuern erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister:  
Steuersysteme dürfen multinationale Konzerne gegenüber anderen Steuerzahlen nicht ungerechtfertigt bevorzugen. International operierende Konzerne müssen ebenfalls einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Das ist nicht nur im Sinne der heimischen Steuerzahler, sondern auch im Sinne des heimischen Mittelstands, der in seiner Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden darf.  
Hohe Gewinne - niedrige Steuern, weltweit operierende Konzerne nutzen die Lücken des nationalen und internationalen Steuerrechts. Sehr zum Verdruss derjenigen, die diese Möglichkeiten nicht haben und ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten: Die OECD stellt fest, dass viele kleinere Unternehmen bis zu 30 Prozent Steuern auf den Gewinn abführen müssen, während große Konzerne auf ihre Gewinne lediglich bis zu 5 Prozent Steuern zahlen. Dadurch leidet die Steuermoral und den Staaten entgehen hohe Steuereinnahmen.  
Wir unterstützen Bundesfinanzminister Schäuble, der dieses Thema auf die internationale Agenda gesetzt hat und sich zusammen mit seinen Amtskollegen für internationale Standards einsetzt, die zu mehr Steuergerechtigkeit und Wettbewerbsgleichheit führen werden. Wo andere wieder einmal nur ideologische Debatten über Steuergerechtigkeit führen, packt es die Union mit Bundesfinanzminister Schäuble an der Spitze an.  
Die Unionsfraktion hat sich im Rahmen einer Klausurtagung einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe Finanzen zusammen mit Experten bereits intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Bundesfinanzminister Schäuble ist auf dem richtigen Weg.  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
fraktion@cducsu.de  
<http://www.cducsu.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=522519](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=522519) width="1" height="1"

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.